

■ Ja, ich komme gern in Begleitung von ____ Personen

Bitte melden Sie sich per Telefon: 07022 505 299 oder Fax: 07022 505 255 oder
E-Mail: info@zeit-fuer-menschen.de bei uns an

Firma / Institution

Name / Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Während der Veranstaltung wird fotografiert. Die Bilder können eventuell in Berichterstattungen, Prospekten und im Internet verwendet werden. Falls Sie damit nicht einverstanden sind, geben Sie bitte dem Fotografen ein Zeichen.

Einladung ForumZivilgesellschaft



**Mittwoch,
27. April 2016
19 Uhr**

Forum der BW-Bank,
Stuttgart,
Kleiner Schloßplatz



**VOM SOZIALSTAAT ZUR
BÜRGERGESELLSCHAFT?
WIE EINE GESELLSCHAFT IN DER
ZUKUNFT GESTALTET WIRD**

DR. JÜRGEN GOHDE, BERLIN

In Kooperation mit

SAMARITER
STIFTUNG

BW|Bank

VOM SOZIALSTAAT ZUR BÜRGERGESELLSCHAFT? WIE EINE GESELLSCHAFT IN DER ZUKUNFT GESTALTET WIRD

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde und der Stiftung ZEIT FÜR MENSCHEN,

Deutschland durchläuft als Teil des gesamten Europa einen rasanten Veränderungsprozess. Gefühlt bleibt kein Stein auf dem anderen. Am augenfälligsten ist die Diskussion um die Integration der Flüchtlinge. Das überdeckt leicht die Entwicklung in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Der mündige Bürger, die mündige Bürgerin mischt sich ein. Das bürgerliche Engagement ist modern, der „Gutmensch“ kein Schimpfwort mehr. Zugleich wird die Frage gestellt, was der Staat leisten soll und welche Ausstattung es dafür braucht.

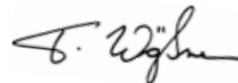
Die junge Generation steht der Arbeit und dem Familienleben in ganz anderer Weise gegenüber, die Führungskräfte der „Generation Y“ treiben den Personalchefs den Schweiß auf die Stirn. Ruheständler wollen in der gewohnten Umgebung Teil des Wohnquartiers sein und bleiben. Bisherige Modelle der Altershilfe und der Pflege werden angepasst und ergänzt. Das Zusammenleben aller in aller Unterschiedlichkeit, Stichwort Inklusion, bietet völlig neue Chancen und Herausforderungen. Und nicht zuletzt wird uns die technische Entwicklung einholen, sowohl bei der Gestaltung der Arbeitsplätze wie auch in allen

anderen Lebensbereichen. In einer durchdigitalisierten Welt wird sich der Alltag verändern.

Nicht zuletzt wird uns die demografische Entwicklung zur Klärung der Frage bringen, welche Aufgaben der Sozialstaat weiter übernehmen kann und soll, und welche Aufgaben die Bürgerschaft in den Wohnquartieren gestalten wird und welche Unterstützung des Staates nötig sein wird.

Dr. Jürgen Gohde befasst sich seit Jahren mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft und formuliert daraus sehr klare, streitbare Botschaften an die verschiedenen Akteure in Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft. Wir freuen uns auf seinen Ausblick auf die nächsten Jahre mit zum Teil ganz neuen Herausforderungen, auch für die Arbeit der Stiftung ZEIT FÜR MENSCHEN.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch



Pfarrer Frank Wößner
Vorstandsvorsitzender

Mittwoch, 27. April 2016, 19 Uhr
Forum der BW-Bank,
Stuttgart, Kleiner Schloßplatz

PROGRAMM

Begrüßung

Matthias Zartmann

Bereichsleiter Unternehmenskunden
Mittlerer Neckar

Frank Wößner

Vorstandsvorsitzender der
Stiftung ZEIT FÜR MENSCHEN

Vortrag

Vom Sozialstaat zur Bürgergesellschaft?
Wie eine Gesellschaft in der Zukunft
gestaltet wird
Dr. Jürgen Gohde, Berlin

Foto: Marc Steffen Unger



ZU GAST

Dr. Jürgen Gohde, Jg. 1948, Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe.

- Studium der Theologie und Erziehungswissenschaften.
- 1994 – 2006 Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD)
- 2000 – 2007 Präsident des Europäischen Verbandes für Diakonie „Eurodiaconia“.
- 1996/97 Präsident der deutschen Krankenhausgesellschaft
- 2001/02 Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).
- Seit 2007 Vorsitzend des Kuratoriums Deutsche Altershilfe.
- 2007 Berufung zum Vorsitzenden des „Beirats zur Überprüfung des „Pflegebedürftigkeitsbegriffs“. Ende 2011 erklärte Gohde seinen Rücktritt als Vorsitzender des Pflegebeirats und übte gleichzeitig Kritik an der Pflegepolitik von Gesundheitsminister Daniel Bahr.